

Vertrag

Website und Unternehmenskommunikation der Stiftung UPD

zwischen

der Stiftung Unabhängige Patientenberatung Deutschland
Rheinstr. 45-46, 12161 Berlin
Vertreten durch den Vorstand

- Auftraggeber (AG) –

und

der [...]

- Auftragnehmer (AN) -

- Auftraggeber und Auftragnehmer zusammen auch Vertragsparteien genannt -

INHALTSVERZEICHNIS

PRÄAMBEL.....	3
§ 1 Vertragsgegenstand.....	3
§ 2 Vertragsbestandteile	3
§ 3 Leistungen des Auftragnehmers	4
§ 4 Vergütung	5
§ 5 Zahlung.....	6
§ 6 Grundsätze der Zusammenarbeit, Projektmanagement	6
§ 7 Informationswesen	7
§ 8 Mitwirkung durch den Auftraggeber.....	8
§ 9 Zusammenarbeit mit Dritten	9
§ 10 Innovationen	9
§ 11 Change-Prozess	10
§ 12 Fristen und Termine.....	11
§ 13 Verzug	12
§ 14 Abnahme von Leistungen	12
§ 15 Betrieb der Software und Support	13
§ 16 Weiterentwicklungsleistungen, Änderungswünsche des AG und Optionen	14
§ 17 Service Level und Service-, Reaktions- und Wiederherstellungszeiten*	14
§ 18 Nutzungsrechte.....	14
§ 19 Unterauftragnehmer	17
§ 20 Anforderungen an das Personal des Auftragnehmers	18
§ 21 Vertraulichkeit und Datenschutz.....	19
§ 22 IT-Sicherheit	20
§ 23 Vertragslaufzeit	21
§ 24 Außerordentliche Kündigung.....	21
§ 25 Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte.....	22
§ 26 Haftung der Vertragsparteien und Mängel.....	22
§ 27 Schutzrechte Dritter	22
§ 28 Haftpflichtversicherung.....	23
§ 29 Schlussbestimmungen	24

PRÄAMBEL

Die Stiftung Unabhängige Patientenberatung Deutschland (Stiftung UPD) wurde im Dezember 2023 gegründet und befindet sich aktuell im Aufwuchs. Ziel der Stiftung ist es, eine unabhängige, qualitätsgesicherte und kostenfreie Information und Beratung für Patientinnen und Patienten in gesundheitlichen und gesundheitsrechtlichen Fragen zu gewährleisten.

Vertragsgegenständlich ist die Weiterentwicklung und Pflege der Website der Stiftung UPD, die Erarbeitung der strategischen Unternehmenskommunikation und in diesem Zusammenhang insbesondere die Erbringung von Grafik-, Konzeptions- und Kreativleistungen für die gesamte Unternehmenskommunikation der Stiftung UPD. Dies beinhaltet die konzeptionelle Entwicklung, Gestaltung und Produktion von Kommunikationsmaterialien über alle relevanten Kanäle.

Vor diesem Hintergrund schließen die Vertragsparteien den nachfolgenden Vertrag:

§ 1 Vertragsgegenstand

Die Einzelheiten des vertraglichen Leistungsumfangs ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung, die als **Anlage 2** beigelegt ist.

§ 2 Vertragsbestandteile

(1) Vertragsbestandteile sind neben dieser Vertragsurkunde die folgenden Unterlagen:

- Antworten auf Bieterfragen und zusätzliche Auskünfte zur Leistungsbeschreibung und den Anlagen zur Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**),
- die Leistungsbeschreibung mit Anlagen (**Anlage 2a**) sowie der vom Auftragnehmer ausgefüllte Anforderungskatalog als Bestandteil seines Angebots (**Anlage 2b**),
- das vom Auftragnehmer ausgefüllte Preisblatt als Bestandteil seines Angebots (**Anlage 3**),

- die Vereinbarung zur Auftragsdatenverarbeitung (**Anlage 4**) [wird im Bedarfsfall nach Zuschlagserteilung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer im Einzelnen abgestimmt],
- für die Weiterentwicklung der Website die EVB-IT Erstellung-AGB (**Anlage 5**), soweit in diesem Vertrag auf diese verwiesen wird,
- das sonstige Angebot des Auftragnehmers(**Anlage 6**), insbesondere das verbindlich eingereichte Angebotskonzept, vom **XX.XX.XXXX** sowie
- die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der jeweils geltenden Fassung (**Anlage 7**).

Bei Widersprüchen zwischen diesem Vertragstext und den vorgenannten Anlagen haben die Bestimmungen dieses Vertragstextes Vorrang. Bei Widersprüchen zwischen den vorgenannten Anlagen haben die Regelungen der zuerst genannten Anlagen Vorrang vor den Regelungen der nachfolgend genannten Anlagen. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sind nicht in das Vertragsverhältnis einbezogen. Diesem Vertrag entgegenstehende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sind auch dann unwirksam, wenn sie zu einem späteren Zeitpunkt mit einbezogen werden sollten. Alle Absprachen und Regelungen, die Abweichendes bzw. Ergänzendes nach diesem Vertrag ausdrücklich gestatten, sind schriftlich oder per E-Mail zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer abzustimmen.

§ 3 Leistungen des Auftragnehmers; Abrufleistungen

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle in diesem Vertrag und seinen Anlagen, insbesondere der Leistungsbeschreibung (**Anlage 2a**) und dem Anforderungskatalog (**Anlage 2b**), beschriebenen Leistungen zu erbringen.
- (2) Der Auftragnehmer ist mit Vertragsschluss zur Erbringung der Leistungen verpflichtet, die ausweislich des Preisblattes (**Anlage 3**) mit Pauschalfestpreisen vergütet werden. Leistungen, die im Preisblatt als Abrufleistungen oder Weiterentwicklungsleistungen ausgewiesen sind, kann der Auftraggeber durch einseitige Erklärung gegenüber dem Auftragnehmer beauftragen. Diese Leistungen können während der gesamten Vertragslaufzeit (einschließlich etwaiger Verlängerungen) vom Auftraggeber durch einseitige Erklärung beauftragt werden. Der Auftragnehmer ist an die angebotenen Preise gebunden. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sämtliche Abrufleistungen und

Optionen anzubieten. Auf Verlangen des Auftraggebers bietet der Auftragnehmer dem Auftraggeber vor Erbringung der Abrufleistungen einen Pauschal festpreis an.

§ 4 Vergütung

- (1) Für die nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen erhält der Auftragnehmer die jeweils im Preisblatt (**Anlage 3**) angebotene Vergütung. Damit sind sämtliche Aufwendungen abgegolten, die dem Auftragnehmer aus der Erbringung der jeweils nach diesem Vertrag geschuldeten Leistung entstehen. Ein darüberhinausgehender Anspruch auf Vergütung, gleich welcher Art, besteht nicht. Soweit im Preisblatt (**Anlage 3**) von Festpreisen die Rede ist, handelt es sich um Pauschal festpreise.
- (2) Die Weiterentwicklung der Website (Kapitel 3 und 4 der Leistungsbeschreibung (**Anlage 2a**)) werden mit Pauschal festpreisen gemäß Position 1.1 des Preisblattes (**Anlage 3**) vergütet.
- (3) Die Wartung und Pflege der Website (Kapitel 7 der Leistungsbeschreibung (**Anlage 4**)) erfolgt auf Abruf und wird nach Aufwand gemäß Position 1.2 des Preisblattes (**Anlage 3**) vergütet.
- (4) Das Onboarding und die strategisch-konzeptionelle Beratung zur Unternehmenskommunikation (Kapitel 5 der Leistungsbeschreibung (**Anlage 2a**)), das Corporate Design und die visuelle Weiterentwicklung (Kapitel 5.1.5 der Leistungsbeschreibung (**Anlage 2a**)) sowie die Konzeptionelle und redaktionelle Leistungen (Kapitel 5.1.6 der Leistungsbeschreibung (**Anlage 2a**)) werden mit Pauschal festpreisen gemäß Positionen 2.1, 2.2 und 2.3 des Preisblattes (**Anlage 3**) vergütet.
- (5) Über Absatz 4 hinausgehende Leistungen der Unternehmenskommunikation (Kapitel 5 der Leistungsbeschreibung (**Anlage 2a**)) werden auf Abruf entsprechend der jeweils beauftragten Leistung nach Menge pauschal fest oder darüber hinaus nach Aufwand gemäß Position „Retainer“ gemäß Positionen 3, 4, 5 und 5 des Preisblattes (**Anlage 3**) vergütet.
- (6) Etwaig erforderliche Weiterentwicklungsleistungen für die Leistungsbereich Website und Kommunikation werden auf Abruf nach Zeitaufwand gemäß Positionen 7.1 und 7.2 des Preisblattes (**Anlage 3**) vergütet.
- (7) Die verpflichtende Teilnahme an Jour fixes durch den Auftraggeber wird nicht gesondert vergütet.

- (8) Soweit Leistungen nach Zeitaufwand in Personentagen vergütet werden, umfasst ein Personentag eine Arbeitsleistung von acht (8) Stunden. Die Abrechnung erfolgt im Viertelstundentakt (0,25 Stunden); angebrochene Viertelstunden werden kaufmännisch auf- bzw. abgerundet.

§ 5 Zahlung

- (1) Zahlungen für abnahmefähige Leistungen – insbesondere nach § 4 Abs. 2 und Abs. 4 werden nach Abnahme fällig. Die Vertragsparteien können insbesondere für diejenigen Leistungsteile, die nach dem Preisblatt (**Anlage 3**) pauschal vergütet werden, Teilzahlungen vereinbaren.
- (2) Nach Zuschlagserteilung verständigen sich die Vertragsparteien in diesem Fall auf einen entsprechenden Zahlungsplan, indem sie Zahlungsmeilensteine definieren. Der Auftragnehmer hat erst Anspruch auf Teilzahlung, wenn der jeweilige Zahlungsmeilenstein erreicht ist. Mit der Erreichung eines Zahlungsmeilensteins ist keine (Teil)Abnahme verbunden, außer die Vertragsparteien vereinbaren dies ausdrücklich schriftlich oder per E-Mail.
- (3) Für die im Preisblatt aufgeführten Kosten stellt der Auftragnehmer eine Rechnung an den Auftraggeber. Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer die dafür notwendigen Informationen rechtzeitig nach Zuschlagserteilung zur Verfügung.
- (4) Soweit eine Vergütung nach Aufwand geregelt oder vereinbart ist, stellt der Auftragnehmer prüfbare Rechnungen über die erbrachten Leistungen unter Angabe der eingesetzten Personalkategorie und des jeweiligen Zeitaufwandes in Stunden. Die Zahlung prüfbarer Rechnungen erfolgt quartalsweise 15 Tage nach Eingang beim Auftraggeber.

§ 6 Grundsätze der Zusammenarbeit, Projektmanagement

- (1) Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass eine enge Kooperation und fortlaufende Abstimmung zur erfolgreichen Durchführung dieses Vertrags erforderlich sind. Sofern in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 2a**) nichts Näheres bestimmt ist, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber in der Regel mindestens monatlich über den Stand der Bearbeitung zu berichten, auf Anforderung jederzeit.
- (2) Dem Auftragnehmer ist es nicht gestattet, den Auftraggeber bei Rechtsgeschäften mit Dritten oder in irgendeiner sonstigen Weise zu vertreten. Dem Auftragnehmer ist es

nicht gestattet, ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers gegenüber der Öffentlichkeit, insbesondere Presse, Fernsehen und Hörfunk, Erklärungen zu Gegenständen dieses Vertrages abzugeben. Die Zustimmung soll nur aus wichtigem Grund verweigert werden. Der Auftragnehmer ist zur Wahrung der Rechte und Interessen des Auftraggebers im Rahmen des ihm erteilten Auftrages und der ihm übertragenen Leistungen auch gegenüber Dritten verpflichtet.

- (3) Der Auftragnehmer wird ein professionelles internes Projektmanagement entsprechend dem von ihm eingereichten Angebotskonzept (**Anlage 6**) etablieren und dem Auftraggeber die entsprechenden Strukturen auf Verlangen nachweisen.
- (4) Sämtliche dem Auftraggeber und/oder seinem Personal zur Verfügung gestellten Informationen, Unterlagen, Materialien, einschließlich Softwareprogramme, Programm-Module, Systeme, Dateien bzw. Datenträger und sonstigen Arbeits- und Betriebsmittel bleiben zu jeder Zeit Eigentum des Auftraggebers. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass nach Beendigung dieses Vertrages sämtliche oben genannten Gegenstände und Daten inklusive ggf. angefertigter Kopien an den Auftraggeber herausgegeben werden. Sofern eine Rückgabe der bezeichneten Gegenstände unmöglich ist, hat der Auftragnehmer diese unmittelbar nach Vertragsbeendigung unwiederbringlich zu vernichten bzw. zu löschen. Dies gilt nicht für Unterlagen, die der Auftragnehmer und/oder das von ihm eingesetzte Personal gesetzlich verpflichtend aufzubewahren hat. Ein Zurückbehaltungsrecht besteht nicht.
- (5) Sofern nach der Leistungsbeschreibung (**Anlage 2a**) oder aus sonstigen Gründen eine zur Leistungserbringung eine Abstimmung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer notwendig wird, werden sich beide Parteien bemühen im gegenseitigen Einvernehmen und unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen eine einvernehmliche und zur Erfüllung der vertraglichen Leistungsziele bestmögliche Lösung zu finden. Sollte die Abstimmung zu keinem Ergebnis führen, ist der Auftraggeber zur einseitigen Bestimmung der für die Leistungserbringung notwendigen Handlungen gegenüber dem Auftragnehmer berechtigt, wenn andernfalls die Erfüllung der Leistungsziele unter Einhaltung des verbindlich vorgesehenen Projektplans nicht sichergestellt werden kann.

§ 7 Informationswesen

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber über alle wichtigen Angelegenheiten und Vorkommnisse im Rahmen der Vertragserfüllung zu unterrichten. Er ist insbesondere verpflichtet, alle in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 2a**) dargelegten, speziellen Informationspflichten umzusetzen. Der Auftraggeber kann zu

Zwecken der Information Einsicht in alle Unterlagen des Auftragnehmers verlangen, die die Vertragserfüllung betreffen.

§ 8 Mitwirkung durch den Auftraggeber

- (1) Soweit der Auftraggeber nach diesem Vertrag und seinen Anlagen bestimmte Handlungen vorzunehmen, Erklärungen abzugeben oder Beistellungs- oder sonstige Leistungen zu erbringen hat (nachfolgend gemeinsam als „Mitwirkungshandlungen“ bezeichnet), verstehen sich diese Mitwirkungshandlungen ausschließlich als Obliegenheiten. Gleiches gilt für etwaige Mitwirkungshandlungen, die sich aus dem Angebotskonzept des Auftragnehmers ergeben (**Anlage 6**) und vom Auftraggeber angenommen wurden.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich zu informieren, falls dieser eine Mitwirkungshandlung nicht, ungenügend oder nicht rechtzeitig erbracht hat. Er ist verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich zu informieren, falls aufgrund einer nicht, ungenügend oder nicht rechtzeitig erbrachten Mitwirkungshandlung des Auftraggebers eine Leistung voraussichtlich nicht, mangelhaft oder nicht rechtzeitig erbracht werden kann. Die Erklärungen nach Satz 1 und 2 sind in für den Auftraggeber in nachvollziehbarer Weise zu dokumentieren.
- (3) Erbringt der Auftraggeber eine ihm obliegende Mitwirkungshandlung nicht, ungenügend oder nicht rechtzeitig, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber schriftlich oder per E-Mail eine angemessene Frist zur Erbringung dieser Mitwirkungshandlung zu setzen. Nach Ablauf dieser Frist setzt der Auftragnehmer seine Leistungen auf der Grundlage der bis dahin erbrachten Mitwirkungshandlungen nach Zustimmung durch den Auftraggeber fort. Wenn eine Fortsetzung auf dieser Grundlage nicht möglich oder aufgrund der damit verbundenen Kosten und Risiken für den Auftragnehmer nicht zumutbar ist oder wenn der Auftraggeber seine Zustimmung verweigert, setzt der Auftragnehmer seine Leistungen bis zur Erbringung der Mitwirkungshandlung aus.
- (4) Erbringt der Auftraggeber vereinbarte Mitwirkungshandlungen nicht, ungenügend oder nicht rechtzeitig, verschieben sich die vereinbarten Fristen und Termine bis zur vollständigen Erbringung der jeweiligen Mitwirkungshandlung oder bis zu einer Zustimmung des Auftraggebers über die Fortsetzung der Leistungen des Auftragnehmers auf der Grundlage der bis zum Ablauf der Frist gemäß Absatz (3) Satz 1 erbrachten Mitwirkungshandlungen entsprechend.

- (5) Im Falle einer Aussetzung seiner Leistungen nach Absatz (3) Satz 3 behält der Auftragnehmer seinen Vergütungsanspruch und erhält zudem nachgewiesene Mehraufwendungen erstattet. Andere Ansprüche oder Rechte wegen der Nichterbringung von Mitwirkungshandlungen sind ausgeschlossen. Dies gilt insbesondere für Ansprüche auf Schadensersatz sowie den Anspruch auf Entschädigung aus § 642 BGB und das Recht zur Kündigung des Vertrags aus § 643 BGB. Soweit im Ausnahmefall ein Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund besteht, bleibt dieses hiervon unberührt. Die Vertragsparteien sind sich jedoch einig, dass bei Nichterbringung von Mitwirkungshandlungen des Auftraggebers im Regelfall kein zur Kündigung dieses Vertrages berechtigender wichtiger Grund vorliegt.

§ 9 Zusammenarbeit mit Dritten

- (1) Der Auftraggeber wird Dritte im Rahmen des ihm Zumutbaren anhalten, den Auftragnehmer bestmöglich bei seiner Aufgabenerfüllung zu unterstützen, soweit dies zur Erfüllung der Leistungspflichten des Auftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber erforderlich ist.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Schnittstellen in der Zusammenarbeit mit anderen Projektbeteiligten, die sich erst während der Leistungserbringung zwischen seinem Leistungsumfang und dem Leistungsumfang eines von dem Auftraggeber beauftragten Dritten ergeben, unaufgefordert aufzuklären und den Auftraggeber hierüber schriftlich zu informieren.
- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle Unklarheiten über seinen Verantwortungsbereich im Verhältnis zu von dem Auftraggeber beauftragten Dritten gegenüber dem Auftraggeber und dem Dritten zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu adressieren. Die Vertragsparteien stimmen sich sodann unter Einbeziehung des Dritten darüber ab.
- (4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, jeden Dritten, der mit der Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen nach Ablauf dieses Vertrags beauftragt wird, bei der Migration der Daten, der Zurverfügungstellung von Informationen und allen weiteren Maßnahmen, die zur Umstellung auf einen neuen Auftragnehmer getroffen werden müssen, zu unterstützen.

§ 10 Innovationen

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Leistungen aus diesem Vertrag fortlaufend zu verbessern, den Auftraggeber am allgemeinen technischen Fortschritt partizipieren zu lassen und die Leistung gemäß dem Stand der Technik fortlaufend anzupassen. Soweit

zu diesem Zweck Leistungsänderungen oder Mehr- oder Minderleistungen des Auftragnehmers erforderlich sind, findet § 11 Anwendung.

§ 11 Change-Prozess

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber proaktiv und unverzüglich Änderungsvorschläge zu unterbreiten, wenn er bei der Durchführung dieses Vertrages aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen Änderungen an der Leistung für zweckmäßig hält.
- (2) Der Auftraggeber hat das Recht, vom Auftragnehmer einseitig Änderungen hinsichtlich der Art und Weise der Leistungserbringung (Leistungsänderungen) sowie die Erbringung von Mehr- oder Minderleistungen zu verlangen (Änderungsverlangen). Der Auftragnehmer erbringt Leistungsänderungen, Mehr- oder Minderleistungen, die nach Maßgabe des Absatzes (5) unwesentlich sind, ohne Anpassung der vereinbarten Preise. Leistungsänderungen, Mehr- oder Minderleistungen, über die die Vertragsparteien nach Maßgabe des Absatzes (7) eine Vereinbarung schließen, erbringt der Auftragnehmer nach den Vorgaben und Konditionen dieser Vereinbarung.
- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle Änderungsverlangen zu dokumentieren, deren Umsetzung zu planen und alle vereinbarten Änderungen termingerecht durchzuführen.
- (4) Der Auftragnehmer prüft jedes Änderungsverlangen des Auftraggebers und teilt ihm innerhalb von zehn Arbeitstagen mit, ob die Leistungsänderung oder die Mehr- oder Minderleistung aus seiner Sicht wesentlich oder unwesentlich sind.
- (5) Eine Leistungsänderung bzw. eine Mehr- oder Minderleistung ist in der Regel unwesentlich, wenn die Kosten, die dem Auftragnehmer unter Umsetzung der Änderung für die Erbringung des jeweiligen Leistungsteils entstehen, zu nicht mehr als 5 % von denjenigen Kosten abweichen, die dem Auftragnehmer für die Erbringung insoweit nicht geänderten Leistung entstehen. Bei mehreren aufeinander folgenden Änderungen des jeweiligen Leistungsteils ist die Entwicklung der Kosten im Vergleich zu den Kosten der ursprünglich vereinbarten Leistung maßgeblich, die den Preisen gemäß Preisblatt zugrunde liegen. Hierbei sind solche Bestandteile der Leistung als eigene Leistungsteile zu behandeln, für die das Preisblatt eigene Preise enthält.
- (6) Eine Leistungsänderung bzw. eine Mehr- oder Minderleistung, die nicht unter Absatz (5) fällt, stellt eine wesentliche Leistungsänderung bzw. eine wesentliche Mehr- oder Minderleistung dar. Ein Anspruch des Auftraggebers auf Erbringung einer

wesentlichen Leistungsänderung, Mehr- oder Minderleistung setzt eine Einigung der Vertragsparteien nach Maßgabe von Absatz (7) voraus. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, aktiv auf das Erzielen einer solchen Einigung hinzuwirken.

- (7) Im Falle einer wesentlichen Leistungsänderung bzw. einer wesentlichen Mehr- oder Minderleistung hat der Auftragnehmer ein Realisierungsangebot unter Angabe des Leistungszeitraums und der Auswirkungen auf die Vergütung zu unterbreiten. Die angebotene Vergütung richtet sich nach den Kalkulationsgrundlagen der bereits vereinbarten Vergütung gemäß dem Preisblatt (**Anlage 3**). Der Auftraggeber wird das Realisierungsangebot des Auftragnehmers innerhalb einer angemessenen Angebotsbindefrist annehmen oder ablehnen. Dazu wird sie die Angemessenheit der angebotenen Preise mit den gebotenen Mitteln überprüfen. Hierfür übergibt der Auftragnehmer dem Auftraggeber auf Verlangen unverzüglich seine Urkalkulation für die betroffene Position des Preisblattes. Die bei Annahme des Angebotes durch den Auftraggeber erforderlichen Anpassungen der Vertragsbedingungen und der Leistungsbeschreibung werden die Parteien in einer schriftlichen Vereinbarung regeln. Ohne eine solche Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien verbleibt es in jedem Fall bei den vereinbarten Fristen, Vergütungssätzen und Leistungsinhalten und das Vertragsverhältnis wird mit dem bisherigen Vertragsinhalt fortgeführt. Sofern sich die verlangte Änderung oder Ergänzung auf die Leistungszeiten der übrigen Leistungen auswirkt, ist auch dies in der betreffenden Vereinbarung zu regeln.
- (8) Zusätzliche Leistungen werden, wenn der Auftraggeber sie anordnet, entsprechend den Positionen 7.1 und 7.2 Preisblattes (**Anlage 3**) nach Tagessätzen vergütet (Überprüfungsklausel gem. § 132 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)). Voraussetzung ist, dass die Leistungen zur Erreichung der Vertragsziele erforderlich und die angeordneten Leistungen mit den vertragsgegenständlichen Leistungen vergleichbar sind. Zudem darf sich der Gesamtcharakter des Auftrags durch die Anordnung nicht verändern. Es geltend die Bestimmungen der Leistungsbeschreibung (**Anlage 2a**).

§ 12 Fristen und Termine

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle in diesem Vertrag sowie in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 2a**) festgelegten Fristen und Termine, die die von ihm zu erbringenden Leistungen betreffen, sowie alle von ihm in seinem Angebotskonzept (**Anlage 6**) benannten Fristen und Termine – soweit sie nicht im Widerspruch zu den in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 2a**) und diesem Vertrag enthaltenen Fristen stehen – sowie die zwischen den Vertragsparteien im Laufe der Leistungserbringung vereinbarten Fristen und Termine, einzuhalten. Stellt der

Auftragnehmer während der Leistungserbringung fest, dass die Einhaltung einer Frist oder eines Termins gefährdet ist, wird er den Auftraggeber hierüber unverzüglich informieren. Die Vertragsparteien stimmen sich sodann auf Projektleiterebene über den Umgang mit der drohenden Termin- oder Fristversäumnis ab. Der Auftragnehmer wird unabhängig davon alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die termin- und fristgemäße Leistungserbringung sicherzustellen.

- (2) Soweit nichts anderes vereinbart ist, sind alle in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 2a**) und diesem Vertrag festgelegten Termine und Fristen sowie alle zwischen den Vertragsparteien im Laufe der Leistungserbringung vereinbarten Fristen und Termine verzugsauslösend im Sinne von § 13.
- (3) Die Fortführung des Auftrags und der Projektfinanzierung für das Jahr 2026 und folgende steht unter der aufschiebenden Bedingung der rechtzeitigen Aufstellung und Beschlussfassung über den Haushaltsplan der Stiftung UPD nach § 65b Abs. 7 Nr. 4 SGB V.
- (4) Im Falle des Aufschubs verschieben sich die Fristen und Termine nach diesem Vertrag und seinen Anlagen entsprechend der Dauer des Aufschubs nach hinten.

§ 13 Verzug

- (1) Ist in diesem Vertrag, der Leistungsbeschreibung oder einer zwischen den Vertragsparteien in Ergänzung dieses Vertrages geschlossenen Vereinbarung für die Erbringung einer Leistung ein Termin oder ein Zeitraum ab einem bestimmten Ereignis genannt, so kommt der Auftragnehmer mit der betreffenden Leistung in Verzug, ohne dass es hierfür einer Mahnung durch den Auftraggeber bedarf, sofern er diese Leistung nicht zu dem vereinbarten Termin oder innerhalb des vereinbarten Zeitraums erbringt. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Verzögerung nicht zu vertreten hat.
- (2) Gerät der Auftragnehmer mit der Erbringung seiner Leistungen in Verzug, so kann der Auftraggeber die gesetzlichen Ansprüche geltend machen.

§ 14 Abnahme von Leistungen

- (1) Der Auftraggeber nimmt die Leistungen des Auftragnehmers ab, es sei denn eine Abnahme ist nach der Beschaffenheit der Leistung ausgeschlossen.

- (2) Der Auftraggeber wird die Leistung grundsätzlich innerhalb einer angemessenen Frist abnehmen. Jede Abnahme erfolgt durch ein gemeinsames schriftliches Abnahmeprotokoll, das von den Vertragsparteien unterzeichnet wird. In dem Abnahmeprotokoll werden eventuell noch vorhandene unwesentliche Mängel aufgelistet sowie die Termine für deren Beseitigung durch den Auftragnehmer festgelegt. Sonstige Aussagen während der Leistungserbringung oder sonst in der mündlichen oder schriftlichen Kommunikation zwischen den Vertragsparteien stellen keine Abnahme dar; die Vertragsparteien sind sich einig, dass keine Auslegung dieser Aussagen als Abnahme erfolgen kann.
- (3) Für die Abnahme der Website gilt Ziffer 11 der EVB-IT Erstellungs-AGB (**Anlage 5**).
- (4) Die zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer abgestimmten Vertragsfristen sind verbindlich und verzugsauslösend.

§ 15 Support der Website¹

- (1) Die Auftragnehmer hat Pflegeleistungen nach den Maßgaben dieses Vertrages, der Leistungsbeschreibung (**Anlage 2a**) und Ziffer 4 EVB-IT Erstellungs-AGB (**Anlage 5**) zu erbringen.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Störungen an seinen Liefergegenständen nach der Leistungsbeschreibung (**Anlage 2a**) gemäß Ziffer 4.1 EVB-IT Erstellungs-AGB (**Anlage 5**) zu beseitigen. Soweit sich aus Patches, Updates oder Upgrades sowie Releases / Versionen notwendige Anpassungen an diesen Liefergegenständen auf fachlicher Seite ergeben, sind diese ebenfalls im Rahmen der Störungsbeseitigung durchzuführen. Falls eine aufgetretene Störung weder vom Auftragnehmer noch vom Auftraggeber reproduzierbar ist, gilt diese nicht als Fehler. In diesem Fall werden die Parteien das weitere Vorgehen abstimmen. Für die Störungsanalyse durch den Auftragnehmer entstehen dem Auftraggeber keine zusätzlichen Kosten.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich weiter Patches, Updates und Upgrades sowie Releases / Versionen für die aufgeführte Standardsoftware unverzüglich zu überlassen, sobald sie am Markt verfügbar sind.
- (4) Die Vergütung richtet sich nach § 4 Absatz (3) dieses Vertrages.

¹ Es gelten die Definitionen der EVB-IT Erstellungs-AGB.

§ 16 Weiterentwicklungsleistungen, Änderungswünsche des AG und Optionen

- (1)** Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Leistungen auf Abruf weiterzuentwickeln, zu optimieren und an die sich ändernden Bedürfnisse des Auftraggebers bzw. an neue Releases/Versionen anzupassen. Der Auftraggeber kann vom Auftragnehmer in der Aufforderung zur Ausführung vorbezeichneter Leistungen verlangen, dass er für die jeweilige Leistung einen Pauschalpreis unter Angabe der unterstellten Anzahl von Personentagen je Personalkategorie (Skill Level) und der jeweils im Preisblatt hinterlegten Preise je Personentag verbindlich anbietet.
- (2)** Optionen, Weiterentwicklungsleistungen und Änderungswünsche (Position 7.1 und 7.2 des Preisblattes (**Anlage 3**)) kann der Auftraggeber durch einseitige Erklärung gegenüber dem Auftragnehmer beauftragen. Diese Leistungen können während der gesamten Vertragslaufzeit (einschließlich etwaiger Verlängerungen vom Auftraggeber durch einseitige Erklärung beauftragt werden. Der Auftragnehmer ist an die angebotenen Preise gebunden. Der Auftragnehmer ist verpflichtet sämtliche Optionen anzubieten.

§ 17 Service Level und Service-, Reaktions- und Wiederherstellungszeiten

- (1)** Die in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 2a**) enthaltenen Vorgaben zur Performanz und Verfügbarkeit (Service Level) stellen zugesicherte Eigenschaften der Leistung des Auftragnehmers dar.
- (2)** Für die Service-, Reaktions- und Wiederherstellungszeiten gilt die Leistungsbeschreibung (**Anlage 2a**) und im Übrigen die EVB-IT Erstellungs-AGB (**Anlage 5**). Für die Abnahme der Website gilt Ziffer 4 der EVB-IT Erstellungs-AGB (**Anlage 5**).

§ 18 Nutzungsrechte

- (1)** Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber an allen unter diesem Vertrag individuell erstellten Arbeitsergebnissen im Zeitpunkt ihrer Entstehung das ausschließliche, zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkte, unwiderrufliche, entgeltlich oder unentgeltlich übertragbare und unterlizensierbare Recht an sämtlichen bekannten

und unbekannten Nutzungsarten ein, außerdem das alleinige und unbeschränkte Eigentumsrecht an denjenigen Arbeitsergebnissen, an denen ein solches begründet und übertragen werden kann. Arbeitsergebnisse sind sämtliche unter diesem Vertrag erarbeiteten Vertragsergebnisse sowie Know-how, Methoden, Konzepte, Auswertungen, Planungsunterlagen, Testergebnisse, Testroutinen, Berichte, Spezifikationen und sonstige Materialien, die der Auftragnehmer im Rahmen der Vertragsdurchführung für den Auftraggeber erstellt, einschließlich zugehöriger Dokumentation, sowie alle daran bestehenden Schutzrechte geistigen Eigentums.

- (2) Die Parteien gehen dabei davon aus, dass der Auftraggeber eine möglichst umfassende Verwertung der Grafiker-Leistungen in allen Medien und zu allen Zwecken im Rahmen ihrer satzungsmäßigen Tätigkeit beabsichtigt, die Ergebnis dieses Vertrages sein werden. Dies betrifft zum einen das Corporate Design selbst, zum anderen sämtliche für die Auftraggeberin angefertigten grafischen Ergebnisse in Form von druckfertigen oder anders verwertbaren Dateien. Eine Verwertung der Ergebnisse ist insbesondere in gedruckter Form (z.B. Info-Folder, Broschüren, Plakate, etc.), aber auch digital in Form von Datenträgern sowie im Internet (z.B. Webseite, Social Media usw.) und in sonstiger Weise (z.B. Merchandising) geplant. Die Verwertung kann entgeltlich und unentgeltlich und auch durch Dritte erfolgen.
- (3) Das Recht des Auftraggebers aus Absatz (1) schließt das Recht ein, die Arbeitsergebnisse zu vervielfältigen, zu bearbeiten, in andere Darstellungsformen zu übertragen und auf sonstige Art und Weise zu verändern, fortzusetzen und zu ergänzen, in unveränderter und veränderter Form zu verbreiten und öffentlich wiederzugeben.
- (4) Soweit Arbeitsergebnisse entstehen, die durch gewerbliche Schutzrechte geschützt werden können, ist der Auftragnehmer verpflichtet, dies dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Dem Auftraggeber steht es frei, diese Schutzrechte auf seinen Namen eintragen zu lassen. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber hierbei umfassend unterstützen, insbesondere ihm unverzüglich die hierfür benötigten Informationen überlassen sowie alle erforderlichen Erklärungen abgeben und Maßnahmen ergreifen. Dem Auftragnehmer ist es untersagt, eine entsprechende Eintragung auf seinen Namen oder den eines Dritten durchzuführen oder Dritte direkt oder indirekt dabei zu unterstützen. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass eventuelle Rechte nach §§ 12, 13 Satz 2 und 25 UrhG nicht ausgeübt werden.
- (5) An allen für die Durchführung dieses Vertrags erforderlichen urheberrechtlich oder durch gewerbliche Schutzrechte geschützten Unterlagen, Dokumentationen, Handbüchern etc. (Produkte), die nicht unter diesem Vertrag individuell erstellt worden sind, räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber ein nicht ausschließliches, zeitlich auf die Dauer der Vertragslaufzeit begrenztes, übertragbares und ansonsten

räumlich und inhaltlich unbegrenztes Recht ein, diese in dem Umfang zu nutzen, wie es zur vertragsgemäßen Nutzung der von dem Auftragnehmer aufgrund dieses Vertrags zu erbringenden Leistungen erforderlich ist.

- (6) Soweit der Auftragnehmer nach diesem Vertrag und seinen Anlagen verpflichtet ist, Standard-Anwendungssoftware bereitzustellen, räumt er dem Auftraggeber an der Standard-Software ein nicht ausschließliches, zeitlich auf die Vertragslaufzeit beschränktes, unwiderrufliches, unkündbares, übertragbares, örtlich unbeschränktes und in jeder beliebigen Hard- und Softwareumgebung ausübbares Nutzungsrecht ein, wenn Rechte Dritter nicht betroffen sind. Der Auftraggeber kann die Standard-Software in dem Umfang nutzen, wie dies für die Durchführung des Vertrags erforderlich ist, insbesondere sie dauerhaft oder temporär speichern und laden, sie anzeigen und sie ablaufen lassen. Er ist berechtigt, die Standard-Software während der Vertragslaufzeit durch Dritte nutzen zu lassen. Macht der Auftraggeber von seinem Recht zur Übertragung des Nutzungsrechts Gebrauch, hat er ihre vertraglichen Verpflichtungen bezüglich Inhalt und Umfang der Nutzungsrechte dem Dritten aufzuerlegen.
- (7) Soweit das Customizing* von Standardsoftware* auftragsgegenständlich ist, bestimmen sich die Nutzungsrechte an dieser Software nach Absatz (8) dieser Regelung (Individualsoftware).
- (8) Soweit der Auftragnehmer zur Erbringung seiner Leistungen nach diesem Vertrag und seinen Anlagen Individualsoftware erstellt, räumt er dem Auftraggeber an der Individualsoftware im Zeitpunkt ihrer Entstehung das ausschließliche, zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkte, unwiderrufliche, entgeltlich oder unentgeltlich übertragbare und unterlizenzierbare Recht an sämtlichen bekannten und unbekannten Nutzungsarten ein.

Insbesondere ist der Auftraggeber ohne Einschränkung berechtigt, die Individualsoftware im Original oder in abgeänderter, übersetzter, bearbeiteter oder umgestalteter Form zu speichern und zu laden, anzuzeigen und ablaufen zu lassen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten (auch mit anderen Programmen zu verbinden, umzugestalten, in andere Programmiersprachen und für andere Betriebssysteme zu konvertieren), in andere Darstellungsformen zu übertragen und auf sonstige Art und Weise zu verändern, fortzusetzen und zu ergänzen, zu verbreiten, öffentlich zugänglich zu machen, in Datenbanken und Datennetzen einzusetzen und durch Dritte für sich betreiben zu lassen. Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Individualsoftware zu nutzen, soweit dies für seine Leistungserbringung im Rahmen dieses Vertrags erforderlich ist.

Die vorgenannten Nutzungsrechte beziehen sich auf die gesamte Individualsoftware, insbesondere deren Objekt- und Quellcode in allen Entwicklungs-, Zwischen- und Endstufen und auf die zugehörigen Dokumentationen sowie auf sonstige, für die Ausübung der Nutzungsrechte notwendige Materialien.

- (9) Bezüglich Software oder Softwareteilen, die der Auftragnehmer von Dritten bezieht und die er in die Individualsoftware einfließen lässt, verschafft der Auftragnehmer dem Auftraggeber unbeschadet der vorstehenden Verpflichtungen zumindest diejenigen Rechte, die der Hersteller dem Endkunden standardmäßig einräumt.
- (10) Soweit der Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung Open Source-Komponenten im Sinne der Open Source Definition (insb. lizenzgebührenfreie Nutzung, Veränderung und Weitergabe durch jedermann) verwendet, gelten die nachfolgenden Regelungen.

Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber im Rahmen des Projektverlaufes die eingesetzten Open Source-Komponenten nennen und deren Lizenzen bereitstellen. Der Source Code der Open Source-Komponenten wird dem Auftraggeber auf dessen Anforderung zusammen mit den Urhebervermerken, Disclaimern und etwaigen weiteren Hinweise auf einem Datenträger übergeben oder zum Download bereitgestellt. Dies gilt auch für vom Auftragnehmer entwickelte Softwarebestandteile, soweit diese aufgrund von Verpflichtungen aus einer anwendbare Open Source-Lizenz ebenfalls als Open Source-Komponenten lizenziert werden müssen (sog. Copyleft Effekt). Ob dies der Fall ist, muss vom Auftragnehmer überprüft und dem Auftraggeber mitgeteilt werden.

- (11) Der Auftragnehmer garantiert im Sinne eines selbständigen Garantieversprechens den Bestand sämtlicher Rechte, die er dem Auftraggeber mit diesem Vertrag einräumt. Der Auftragnehmer versichert ausdrücklich, dass in Bezug auf die vertragsgegenständlichen Rechte weder Vereinbarungen mit Dritten, noch sonstige Ansprüche oder Forderungen Dritter bestehen, die seine Verfügungsbefugnis in Bezug auf diese Rechte einschränken oder ausschließen. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von jeglichen Ansprüchen Dritter frei, die diese gegen die Auftraggeberin wegen einer Verletzung der vorgenannten Zusicherung aus diesem Vertrag geltend machen.

§ 19 Unterauftragnehmer

- (1) Der Auftragnehmer darf zur Erbringung von Leistungen, die qualitativ oder quantitativ für seine nach diesem Vertrag einschließlich seiner Anlagen geschuldeten Leistungen

wesentlich sind, Unterauftragnehmer nur einsetzen oder eingesetzte Unterauftragnehmer nur auswechseln, wenn der Auftraggeber dem zuvor schriftlich zustimmt. Hierzu hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber den Namen, die Kontaktdaten und den/die gesetzliche/n Vertreter des Unterauftragnehmers mitzuteilen. Der Auftraggeber wird dem Einsatz oder der Auswechslung zustimmen, wenn unter Berücksichtigung des neuen Unterauftragnehmers keine andere Zuschlagsentscheidung möglich gewesen wäre. Die Einarbeitung des neuen Unterauftragnehmers erfolgt auf Kosten des Auftragnehmers. Für die im Angebot des Auftragnehmers benannten Unterauftragnehmer gilt die Zustimmung des Auftraggebers als erteilt. Die Zustimmung nach Satz 1 ist nicht erforderlich bei unwesentlichen Teilleistungen.

- (2) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass auch die von ihm eingesetzten Unterauftragnehmer die Anforderungen dieses Vertrags an Vertraulichkeit und IT-Sicherheit einhalten. Der Auftragnehmer wird die von ihm eingesetzten Unterauftragnehmer entsprechend schriftlich verpflichten.
- (3) Der Auftragnehmer haftet für die von seinen Unterauftragnehmern erbrachten Leistungen wie für seine eigenen Leistungen. Gleiches gilt für jedwede sonstigen Handlungen seiner Unterauftragnehmer.

§ 20 Anforderungen an das Personal des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer stellt das zur Leistungserbringung erforderliche Personal entsprechend seinem Angebot, insbesondere die im Formblatt zur Mitarbeiterqualifikation benannten Personen (**Anlage 6**), zur Verfügung. Er verpflichtet sich, in ausreichendem Umfang Personal vorzuhalten, um seine Leistungen termin- und fachgerecht erbringen zu können.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, nur solche Mitarbeiter/-innen einzusetzen, die über die für die Leistungserbringung notwendige Sach- und Fachkunde und die erforderlichen Erfahrungen verfügen sowie persönlich geeignet und zuverlässig sind. Die Zertifizierungen, über die das im Angebot benannte Personal (**Anlage 6**) verfügt, müssen während der gesamten Vertragslaufzeit erhalten bleiben. Alle eingesetzten Mitarbeiter müssen verhandlungssicher deutsch sprechen können.
- (3) Der Auftragnehmer trägt die fachliche und persönliche Verantwortung für sein Personal nach Maßgabe der gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen. Der Auftragnehmer beschäftigt die von ihm eingesetzten Mitarbeiter/-innen entsprechend den jeweils gültigen tarifvertraglichen Regelungen und gesetzlichen Bestimmungen.

- (4) Der Auftraggeber wird Weisungen hinsichtlich der vertraglichen Leistungen ausschließlich an den vom Auftragnehmer benannten Projektleiter bzw. "SPOC" (Special Point of Contact) adressieren. Ein arbeitgebertypisches Weisungsrecht gegenüber Mitarbeitern des Auftragnehmers steht ausschließlich dem Auftragnehmer zu.
- (5) Die zur Durchführung der vertraglichen Leistungen notwendigen Schulungen und Qualifizierungen sind durch den Auftragnehmer eigenständig und auf eigene Kosten zu realisieren. Die bisherigen und die zukünftigen geplanten Weiterbildungsmaßnahmen sind auf Anforderung dem Auftraggeber nachzuweisen.
- (6) Der Auftragnehmer darf das in seinem Angebot bezeichnete Personal (**Anlage 6**) nur mit Zustimmung des Auftraggebers ersetzen. Voraussetzung für die Zustimmung ist, dass das neue Personal über die gleichen oder höheren Qualifikationen als die im Angebot benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügt. Dies gilt insbesondere auch für die Berufserfahrung in den auftragsgegenständlichen Bereichen sowie für die individuellen Zertifizierungen. Sämtliche Kosten im Zusammenhang mit der Einarbeitung des neuen Personals trägt der Auftragnehmer.

§ 21 Vertraulichkeit und Datenschutz

- (1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, alle vertraulichen Informationen, die eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei aufgrund dieses Vertrags einschließlich seiner Anlagen mitteilt oder von der anderen erhält, vertraulich zu behandeln und ausschließlich zum Zweck der Leistungserbringung zu nutzen. Gegenstände mit vertraulichen Informationen werden so verwahrt und gesichert, dass Kenntnisnahme und Missbrauch durch Dritte ausgeschlossen sind.
- (2) Vertrauliche Informationen im Sinne dieser Bestimmung sind Informationen, Unterlagen, Angaben und Daten, die als solche bezeichnet sind oder ihrer Natur nach als vertraulich anzusehen sind. Dies gilt insbesondere für die von einer der Vertragsparteien verwendeten Methoden, Verfahren, Dienstgeheimnisse, Geschäftsgeheimnisse, Geschäftsverbindungen und Preise. Sozialdaten sind entsprechend der geltenden Bestimmungen mit besonderer Sorgfalt zu behandeln.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, nur solchen Mitarbeiter/-innen oder Unterauftragnehmern Zugang zu vertraulichen Informationen der Auftraggeberin zu gewähren, die mit der Leistungserbringung im Rahmen dieses Vertrags betraut sind.
- (4) Der Auftragnehmer wird seine Mitarbeiter/-innen sowie die von ihm eingesetzten Unterauftragnehmer und deren Mitarbeiter/-innen schriftlich unmittelbar zugunsten

der Auftraggeberin zur Vertraulichkeit nach diesen Regeln verpflichten; diese Verpflichtung muss über die Beendigung der jeweiligen Arbeitsverhältnisse hinaus fortgelten. Der Auftraggeber kann die Vorlage von Kopien der Verpflichtungserklärungen verlangen.

- (5) Die Pflicht zur Vertraulichkeit gilt nach Beendigung dieses Vertrags fort.
- (6) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle gesetzlichen Vorschriften zum Datenschutz, insbesondere die diesem Vertrag als Anlage beigefügte Vereinbarung zur Auftragsdatenverarbeitung einzuhalten.
- (7) Für die Beurteilung der Zulässigkeit der Datenverarbeitung sowie für die Wahrung der Rechte der Betroffenen ist allein der Auftraggeber verantwortlich. Der Auftraggeber wird in seinem Verantwortungsbereich dafür Sorge tragen, dass die gesetzlich notwendigen Voraussetzungen (z. B. durch Einholung von Einwilligungserklärungen für die Verarbeitung der Daten) geschaffen werden, damit der Auftragnehmer die vereinbarten Leistungen rechtsverletzungsfrei erbringen kann.
- (8) Der Auftraggeber hat den Auftragnehmer, sofern der Auftraggeber Kenntnis hat, unverzüglich und vollständig zu informieren, wenn er bei der Prüfung der Auftragsergebnisse Fehler oder Unregelmäßigkeiten bzgl. datenschutzrechtlicher Bestimmungen feststellt.
- (9) Der Auftraggeber führt ein Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten. Er genehmigt die vom Auftragnehmer eingesetzten Verfahren zur automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten.
- (10) Der Auftraggeber stellt sicher, dass die aus Art. 32 EU-DSGVO resultierenden Anforderungen bzgl. der Sicherheit der Verarbeitung seinerseits eingehalten werden, um eine datenschutzgerechte Leistungserbringung durch den Auftragnehmer zu gewährleisten.

§ 22 IT-Sicherheit

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle technischen, organisatorischen und personellen Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Informationssicherheit, insbesondere die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit aller Daten in seinem Leistungsbereich sicherzustellen.
- (2) Belange der IT-Sicherheit sind bei der Planung und Durchführung sämtlicher Leistungen nach diesem Vertrag und seinen Anlagen zu berücksichtigen.

§ 23 Vertragslaufzeit

Der Vertrag tritt mit Zuschlagserteilung vom **xx.xx.xxxx** in Kraft und hat eine Laufzeit von 2 Jahren. Die Vertragslaufzeit verlängert sich um ein weiteres Jahr, wenn der Auftraggeber die Vereinbarung nicht spätestens drei Monate vor dem Ende der Laufzeit schriftlich kündigt. Die maximale Vertragsdauer ist auf vier Jahre begrenzt.

§ 24 Außerordentliche Kündigung

- (1)** Das Recht zur außerordentlichen Kündigung bleibt unberührt. Der Auftraggeber ist insbesondere dann zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt, wenn

 - der Auftragnehmer Daten im Zusammenhang mit der Leistungserbringung unberechtigt an Dritte weitergibt,
 - der Auftragnehmer gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt und
 - der Auftragnehmer eine geschuldete Leistung nach dreimaliger schriftlicher Aufforderung des Auftraggebers nicht umsetzt,
 - Vertragsfristen, die in diesem Vertrag oder in der Leistungsbeschreibung enthalten sind, ohne schriftliche Angabe von Gründen dreimal nicht eingehalten wurden,
 - die vom Auftragnehmer in seinem Angebot gemachten Angaben, insbesondere im Hinblick auf die Erfüllung der im Vergabeverfahren bekanntgemachten Eignungs- und Zuschlagskriterien, sich nachträglich als falsch erweisen,
- (2)** Die außerordentliche Kündigung beendet das Vertragsverhältnis mit sofortiger Wirkung.
- (3)** Besteht der Grund zur außerordentlichen Kündigung in der Verletzung einer Pflicht nach diesem Vertrag einschließlich seiner Anlagen, ist die außerordentliche Kündigung schriftlich anzudrohen. Der vertragsbrüchigen Vertragspartei ist Gelegenheit zu geben, innerhalb von 30 Kalendertagen nach Erhalt der Androhung die den Kündigungsgrund begründenden Missstände zu beheben.

§ 25 Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte

Die Vertragsparteien können Ansprüche aus diesem Vertrag nur mit rechtskräftig festgestellten oder unbestrittenen Forderungen aufrechnen. Dasselbe gilt für die Ausübung von Zurückbehaltungsrechten.

§ 26 Haftung der Vertragsparteien und Mängel

- (1) Die Vertragsparteien haften einander uneingeschränkt für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit sowie für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit. Der Auftragnehmer haftet nach Satz 1 auch für von seinen Unterauftragnehmern, Vertretern oder Erfüllungsgehilfen verursachte Schäden.
- (2) Die Haftung nach zwingenden gesetzlichen Vorschriften bleibt unberührt.
- (3) Die Absätze (1) bis (2) gelten für Aufwendungsersatzansprüche entsprechend.
- (4) Etwaige Haftungsbeschränkungen, die der Auftragnehmer im Verhältnis zu seinen Unterauftragnehmern, Lieferanten oder anderen Dritten vereinbart, gelten nicht im Verhältnis zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber und dürfen sich in keiner Weise auf die Leistungserbringung des Auftragnehmers auswirken.
- (5) Der Auftragnehmer haftet dafür, dass seine Leistungen die zugesicherten Eigenschaften haben.
- (6) Es gelten die gesetzlichen Vorschriften über die Mängelbeseitigung.
- (7) Wird eine Leistung, die als Dienstleistung zu qualifizieren ist, nicht vertragsgemäß erbracht, ist der Auftraggeber berechtigt, vom Auftragnehmer zu verlangen, die Dienstleistung ohne Mehrkosten für den Auftraggeber innerhalb angemessener Frist vertragsgemäß zu erbringen. Die sonstigen Rechte des Auftraggebers, insbesondere auf Schadensersatz und Kündigung, bleiben hiervon unberührt.

§ 27 Schutzrechte Dritter

- (1) Der Auftragnehmer haftet dem Auftraggeber dafür, dass seine Leistungen frei von Rechten Dritter sind und ihre vertragsgemäße Nutzung nicht in Patente, Lizenzen oder sonstige Schutzrechte Dritter eingreift.

- (2) Macht ein Dritter gegenüber dem Auftraggeber Ansprüche wegen der Verletzung von Schutzrechten geltend, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber auf erstes Anfordern von allen Forderungen und Ansprüchen freizustellen.
- (3) Werden Rechte Dritter verletzt, ist der Auftragnehmer berechtigt und verpflichtet, die betroffene vertragliche Leistung auf eigene Kosten durch eine andere zu ersetzen, die keine Rechte Dritter verletzt und die die vertraglichen Pflichten des Auftragnehmers erfüllt.
- (4) Die Vertragsparteien werden sich unverzüglich wechselseitig über geltend gemachte Ansprüche Dritter informieren und sich über das weitere Vorgehen abstimmen. Der Auftraggeber wird die behauptete Schutzrechtsverletzung nicht anerkennen und jegliche Auseinandersetzung einschließlich etwaiger außergerichtlicher Regelungen entweder dem Auftragnehmer überlassen oder nur nach Abstimmung mit dem Auftragnehmer führen. Der Auftragnehmer erstattet dem Auftraggeber notwendige Verteidigungskosten und sonstige Schäden, soweit dem Auftraggeber aus Rechtsgründen die geeigneten Abwehrmaßnahmen und Vergleichsverhandlungen vorbehalten bleiben bzw. bleiben müssen. Der Auftraggeber hat in diesem Fall Anspruch auf einen Vorschuss in Höhe der geschätzten Verteidigungskosten.
- (5) Die übrigen Rechte des Auftraggebers bleiben unberührt.
- (6) Verletzt der Auftraggeber Schutzrechte Dritter, stehen dem Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber die Rechte gemäß den Absätzen (1) bis (5) entsprechend zu.

§ 28 Haftpflichtversicherung

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung in dem auftragsgegenständlichen Bereich abzuschließen und während der Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten. Die Haftpflichtversicherung hat eine Mindestversicherungssumme für Sach-, Personen- und Vermögensschäden in Höhe von jeweils EUR 3 Mio. pro Schadensfall aufzuweisen.
- (2) Der Versicherungsnachweis ist vom Auftragnehmer vor Vertragsbeginn vorzulegen und der Auftraggeber ist verpflichtet, dem Auftraggeber jährlich nachzuweisen, dass der Versicherungsschutz besteht.

§ 29 Schlussbestimmungen

- (1)** Es bestehen keine mündlichen Nebenabreden. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Digitale Unterzeichnung und elektronische Übermittlung genügen dem Schriftformerfordernis. Dies gilt auch für die Änderung dieses Schriftformerfordernisses.
- (2)** Dieser Vertrag unterliegt ausschließlich dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (3)** Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertragsverhältnis ist Berlin.
- (4)** Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen davon unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung tritt diejenige wirksame und durchführbare Bestimmung, die dem von den Parteien Gewollten nach Sinn und Zweck am nächsten kommt; gleiches gilt im Fall von Lücken dieses Vertrages.

.....
Ort, Datum

.....
Auftragnehmer

.....
Ort, Datum

.....
Stiftung UPD (Auftraggeber)
vertreten durch den Vorstand

Anlagenverzeichnis:

Anlage 1: Antworten auf Bieterfragen und zusätzliche Auskünfte zur Leistungsbeschreibung und den Anlagen zur Leistungsbeschreibung,

Anlage 2: Leistungsbeschreibung mit Anlagen,

Anlage 3: das vom Auftragnehmer ausgefüllte Preisblatt als Bestandteil seines Angebots,

Anlage 4: Vereinbarung zur Auftragsdatenverarbeitung,

Anlage 5: die Ergänzende Vertragsbedingungen für die Erstellung bzw. Anpassung von Software – EVB-IT Erstellungs-AGB,

- **Anlage 6:** das sonstige Angebot des Auftragnehmers vom xx.xx.xxxx
- **Anlage 7:** die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der jeweils geltenden Fassung.